

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 2, 23. Januar 2003

A 13861

rechts

Einblicke

Zeichen setzen

Von Sebastian Edathy

Die rot-grüne Koalition hat sich zu Beginn der Wahlperiode darauf verständigt, dem Rechtsextremismus in Deutschland weiterhin entschlossen mit Mitteln der Vorbeugung und der Intervention zu begegnen. Unabhängig von Fragen der publizistischen Konjunktur des Themas müssen beim Zurückdrängen demokratiefeindlicher Entwicklungen Kontinuität und Stetigkeit gewährleistet werden.

Dazu gehören eine auf Abbau von Benachteiligungen zielende Politik und die Vertiefung des interkulturellen Dialoges. Dazu gehört auch die Unterstützung von Organisationen, Einrichtungen und Initiativen, die sich der Festigung der Zivilgesellschaft widmen. Dabei haben Programme zur konkreten Projektförderung (insbesondere „Civitas“ und „Entimon“) besondere Bedeutung.

Selbstverständlich ist: Die Wirksamkeit dieser Programme muss überprüft werden. Genauso richtig ist aber: Gerade wo sinnvollerweise auch kleinere Projekte unterstützt werden, ist im Einzelfall nie auszuschließen, dass sich die Projektentwicklung weniger effektiv als angenommen gestaltet. Und dem kritischen Hinweis, es sei im Grunde mehr als bislang zu tun, ist ausdrücklich zuzustimmen.

Das Engagement des Bundes hat seit dem Regierungswechsel 1998 erkennbar zugenommen. Zu überlegen ist, wie mittel- und langfristig jenseits unterschiedlicher Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Kommunen eine stabile Grundlage für Projektförderungen des Bundes im Bereich der Rechtsextremismus-Bekämpfung geschaffen werden kann. Die Errichtung einer Bundesstiftung wäre eine denkbare Möglichkeit.

In diesem Sinne muss und wird die rot-grüne Koalition auch in dieser Wahlperiode nicht nur Zeichen, sondern Maßstäbe setzen.

Sebastian Edathy ist Sprecher der Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus und Gewalt“ der SPD-Bundestagsfraktion

Ordnung und Sicherheit

In zahlreichen kommerziellen Wachdiensten sind auch ausgewiesene Neonazis beschäftigt.

Seite 2 ■

Gemeinsame Ziele

Verbotene islamistische Organisation unterhielt Kontakte zu deutschen Rechtsextremisten.

Seite 4 ■

Mehr „Demokultur“

Die braune Szene streitet über den Sinn und Unsinn permanenter Aufmärsche.

Seite 5 ■

Schwere Turbulenzen

Innerhalb der US-amerikanischen extremen Rechten entwickeln sich zunehmend Feindseligkeiten.

Seite 8 ■

Kein Geld gegen Rechts

Dem engagierten Verein „Miteinander“ in Sachsen-Anhalt droht das finanzielle Aus.

Seite 11 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Fatale Sicherheit**

Kommerzielle Wachdienste beschäftigen häufiger ausgewiesene Rechtsextremisten. Eingesetzt werden diese auch zur Bewachung von Flüchtlingsheimen.

Private Securityfirmen befinden sich nach wie vor im Aufwind. Unheimlich, still und leise erobern sie im exekutiven Bereich zahlreicher Innenstädte Macht und Einfluss. Private Sicherheitsfirmen sorgen inzwischen, neben den herkömmlichen Aufgaben, auch für Postzustellungen und Feuerwehrdienste.

Waren 1989 bundesweit etwa 700 private Sicherheitsdienste im Einsatz, sind es heute fast 1500 Dienste mit rund 250 000 Beschäftigten an der Zahl. Ein bekanntes Bild in Bahnhöfen – wie auch in Shoppingcentern – Wachleute scheuchen Obdachlose und Punker aus den warmen Hallen, machen damit häufig recht rabiāt vom Hausrecht Gebrauch. Seit den Anschlägen vom 11. September ist das Sicherheitsgefühl der Deutschen rasant gestiegen – bedenklich nur, dass in den Wachmann-Uniformen auch schon mal vorbestrafte Straftäter stecken.

Die Medien berichten seit Jahren über rassistische oder gewaltbereite Übergriffe durch Wachpersonal. Nur in Einzelfällen wurde dem nachgegangen. Dabei steht fest, dass Securityleute nicht nur immer häufiger wie Neonazis aussehen und sich so benehmen, sondern auch der gewalttätigen rechtsextremen Szene angehören, wie folgende Beispiele belegen.

Die Wachfirma Zarnikow aus Rathenow in Brandenburg beschäftigt seit längerem immer wieder gerichtsbekannte Rechtsextremisten aus dem vom brandenburgischen Verfassungsschutz beobachteten Umfeld der „Kameradschaft Hauptvolk“. Nachweislich stellte Firmenchef René Zarnikow Neonazis wie Maurice Kindt, Daniel Kuhn, Jens Riedel und Christian Wendt als Sicherheitspersonal ein. Sie sind im Einsatz, wenn in der Umgebung Volksfeste gefeiert werden, wie im August vergangenen Jahres beim „Dachsbergfest“ im benachbarten Premnitz, oder sie sichern auch, wenn politische Prominenz wie Edmund Stoiber und Jörg Schönbohm den Wahlkreis besucht.

Christian Wendt wurde gerade kurz vor seinem Wachdiensteinsatz aus dem Gefängnis entlassen, er war zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden, weil er gemeinsam mit anderen Neonazis einen Bosnier beim Reiterball in Rhinow halb totgeschlagen hatte. Neonazi Daniel Kuhn ist wegen Waffenmissbrauchs und Körperverletzungsdelikten vorbestraft. Doch damit nicht genug: Zarnikow sorgt auf ganz besondere Weise auch für die „Sicherheit“ des örtlichen Asylbewerberheimes. Einer seiner dort eingesetzten Männer ist Jörgen Ceppok, langjähriger Angehöriger der örtlichen rechten Szene, seit einiger Zeit angeblich nicht mehr aktiv. Zahlreiche ausländische Bewohner fühlen sich deshalb eher von den Zarnikow-Leuten überwacht als bewacht. Denn wie es scheint, pflegt der angebliche „Aussteiger“ Ceppok weiter den Kontakt zu seinen alten Kameraden. Ein Bewohner erinnert sich an einen nächtlichen Vorfall, als er auf dem Flur des Flüchtlingsheims stand und um Ruhe bat. Die glatzköpfigen Freunde des Wachmanns griffen ihn an, wurden dann jedoch noch von ihm aufgehalten. Es blieb bei Beleidigungen. Noch.

■ Neonazis bilden im Kampfsport aus ■

Immer wieder berichten Flüchtlinge von Pöbeleien und Angriffen, insbesondere, wenn sie abends in Rathenow unterwegs sind. Viele der Flüchtlinge haben bereits um eine Verlegung aus Rathenow gebeten. Der brandenburgische Ort ist der Polizei seit langem als ein rechtsextremer Brennpunkt bekannt. Es gibt immer wieder blutige Überfälle, auch auf jugendliche Nazigegner. Die meisten kommen nicht einmal zur Anzeige. Die Firma Zarnikow gilt vor Ort als einflussreich, immerhin erhält sie Aufträge der Kommunen und auch der „Arbeiterwohlfahrt“. Proteste waren bisher erfolglos. Obwohl sowohl Innenministerium als auch Sozialministerium sich jüngst doch genötigt sahen, eine erneute Überprüfung der äußerst bedenklichen Firma anzuordnen, stehen die zumeist tätowierten, kurzgeschorenen Muskelmänner von Zarnikow noch Wache im Flüchtlingsheim.

In Sachsen-Anhalt warnt der Verfassungsschutz vor den Kommerzialisierungsversuchen des militanten „Selbstschutz Sachsen-Anhalt“ des Neonaziführers Mirko Appelt aus Salzwedel. Im jüngsten Verfassungsschutzbericht des Landes wird darauf verwiesen, dass die Gruppierung sich via Internet um Security-Aufträge bemühe. Sie bezeichnet sich als einen „nicht gewerblichen Zusammenschluss

aus geschulten Personen, die in ihrer Freizeit Ordner­tätigkeiten ausüben.“ Angeboten werden „Ordnerdienste auf Saalveranstaltungen und Demonstrationen, sowie jede andere Tätigkeit aus dem Ordnerdienst“. Gegenüber den Autoren dieses Beitrags prahlt Appelt mit zahlreichen privaten Aufträgen, sein Terminkalender ist voll. Er berichtet, dass seine Truppe bereits bei Tanzveranstaltungen und auf Volksfesten im Einsatz war. Angeblich waren Appelts Mannen auch für Großveranstaltungen wie Reiterfesten, den traditionellen „Kränzchenreiten“ mit bis zu 1000 Besuchern, als Securities engagiert.

Appelts Kameraden stehen als Türsteher vor Diskotheken, so unter anderem auch in Salzwedel und in Burg. Wer reinkommt und wer nicht, entscheiden die Neonazis. Beim Verein Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt haben sich immer wieder Jugendliche gemeldet, die erklärten, dass ihnen der „Einlass zu eigentlich öffentlichen Veranstaltungen von rechten Wachleuten verwehrt wurde“. Inzwischen arbeitet der Neonazi Appelt an der Ausdehnung seines gefährlichen Einflussgebietes, so sollen „Selbstschutz“-Truppen auch in Sachsen entstehen.

■ „Hitlergruß zum Dienstbeginn“ ■

Auch in den alten Bundesländern sind Neonazi-Aktivitäten bisher kein Hindernis für eine Tätigkeit im Wachdienst. So sorgt die Firma „WR-Security“ in Kaiserslautern nicht nur für die Sicherheit des Bundesliga-Fußballclubs 1. FCK, sondern bewachte nach eigener Darstellung in Mainz auch schon die rheinland-pfälzische Staatskanzlei – ebenso wie das ZDF und den SWR. Im Kampfsport trainiert wurden die so prominent eingesetzten Securityleute von einem der bekanntesten Neonazis des Landes, Axel Flickinger, bis vor einigen Monaten noch Landeschef der Jungen Nationaldemokraten.

Hinweisen aus der rechten Szene zufolge stammt neben Flickinger ein weiterer „WR“-Trainer aus dem gewaltbereiten Hooligan-Milieu und ein anderer war Anhänger des militanten „Stahlhelm – Kampfbund für Europa“. Es soll immer wieder zu brutalen Ausfällen der WR-Security gekommen sein, zum Beispiel als Flugblattverteiler anlässlich einer Veranstaltung zur deutsch-amerikanischen Städtepartnerschaft am 15. Oktober 2000 gegen die Todesstrafe in den USA protestieren wollten. Der Besitzer von „WR“, Werner Rohde, wusste seit lan-

gem von Flickingers politischem Engagement bei der Jugendorganisation der NPD, hatte jedoch nichts dagegen einzuwenden.

Nur selten treten politische Hintergründe gewalt­samer Übergriffe von Sicherheitsbediensteten so offen zu Tage wie 1999, als in Hamburg zwei Angehörige des privaten S-Bahn-Wachschutzes den Sprayer Walter F. fassten und krankenhaushausreif schlugen. F. soll sich zuvor um die 120 000-mal mit seinem „OZ“ in der Stadt verewigt haben. „OZ“ wurde ins Aufsichtsbüro des S-Bahnhofs Holstenstraße gezerrt und geschlagen, und wurde dabei, so die Erinnerung von F., aufgefordert „Sieg Heil“ zu schreiben. Die Hamburger „Morgenpost“ griff den Fall auf und schilderte in diesem Zusammenhang auch die Erlebnisse anderer S-Bahn­fahrgäste mit der Security. Berichtet wurde unter anderem über „Hitlergruß zum Dienstbeginn“, Arrest fürs Schwarzfahren im Hundezwinger inklusive Hund und immer wieder Schläge. Schon bald ebte das Interesse der Mopo an rechten Umritten im Hamburger Nahverkehr wieder ab. Doch Alltag bedeutet – keine Berichterstattung über rechte Gewalt, ausgeübt durch Sicherheitspersonal.

Das Sicherheitsgewerbe hat sich zur attraktiven Einkommensquelle vieler kampfssportgestählter Neonazis entwickelt. Für „Recht und Ordnung“ zu sorgen, einseitige politische Macht auszuüben und die Möglichkeit, die rechte Szene damit finanziell auch noch zu unterstützen – eine gefährliche Kombination, die auch in vielen anderen deutschen Städten bereits Anwendung findet.

Der Bundesverband des Wachgewerbes BDWS sieht bisher keinen besonderen Handlungsbedarf. Neonazis in Securityfirmen werden dort bislang nicht als Problem erkannt. Demgegenüber hat das Bundesamt für Verfassungsschutz Mitte letzten Jahres unter den Landesämtern eine Anfrage zum Thema „Rechtsradikale in Wachdiensten“ gestartet. Das Ergebnis lässt auf sich warten. Die Bundesregierung legt künftig verstärkten Wert auf „sicheres“ Wachpersonal. In der am 15. Januar 2003 in Kraft getretenen neuen Bewachungsverordnung heißt unter anderem, dass die gebotene Zuverlässigkeit für mit Bewachungsaufgaben Beschäftigte solche Personen nicht besitzen, die „einzeln oder als Mitglied einer Vereinigung“ Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verfolgen. Damit dürften kommerzielle Wachdienste gewalttätiger Neonazis eigentlich beendet werden können. *Helmut Lorscheid/Andrea Röpke*

Hintergrund**Schulterschluss**

Erstmals wird eine Islamistenorganisation auch wegen ihrer Kontakte zu deutschen Neonazis verboten.

Am 14. Januar wurde vom Bundesinnenministerium die Islamistenorganisation Hizb ut-Tahrir, auf deutsch „Partei der islamischen Befreiung“ verboten. In mehreren Bundesländern wurden Büros dieser Organisation durchsucht und geschlossen. Die Tätigkeit von Hizb ut-Tahrir richte sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung, heißt es in einer Pressemitteilung aus dem Hause Schily. Als Hauptbeleg wird eine Veranstaltung erwähnt, die im letzten Herbst bundesweit für Schlagzeilen sorgte und die bis dahin nur Insidern bekannte Organisation in die Medienöffentlichkeit katapultierte. Denn auf dieser Veranstaltung der Islamischen Befreiungspartei an der Technischen Universität (TU) Berlin am 27. Oktober 2002 suchten führende NPD-Kader den Schulterschluss mit den Islamisten.

Angemeldet war das von rund 300 Personen besuchte Meeting beim Studentenwerk von einer „Hochschulgruppe für Kultur und Wissenschaft“. Über die Folgen eines Golfkrieges für die islamische Welt sollte der Mitherausgeber des islamistischen Magazins „Explizit“ Dipl.-Ing. Shaker Assem referieren. Er sprach sich für einen Kalifatstaat aus und propagierte den Islam weltweit als Waffe gegen die kapitalistische Globalisierung. „Wir haben die Pflicht, die gesamte Gesetzgebung in allen Bereichen dem Koran zu entnehmen“, erklärte er. Seine Partei arbeitete daran, das Kalifat zunächst in der islamischen Welt zu errichten und dann in die Welt hinauszutragen. Indirekt rief Shaker Assem zur Tötung von Juden auf. Mit dem Bezug auf die Koransure „Und tötet sie, wo immer ihr auf sie stoßt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben“, forderte er zur „vollständigen Befreiung Palästinas, ohne einen Fuß breit übrig zu lassen“, auf. Shaker Assem trat nicht zum ersten Mal an der TU-Berlin auf. Der Allgemeine Studentenausschuss der TU erinnerte in einer Presseerklärung daran, dass er schon am 5. Mai 2000 über die Frage „Muslime im Westen – wohin mit der neuen Generation?“ referierte.

Die Veranstaltung rief ein großes Presseecho hervor. Das lag hauptsächlich an der Teilnahme des

NPD-Vorsitzenden Udo Voigt sowie des umtriebigsten Parteijuristen Horst Mahler. In einer Wortmeldung aus dem Publikum bekundete Udo Voigt als „deutscher Patriot“ seine Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten zum Irakkonflikt. In einer Stellungnahme von Voigt nach der Veranstaltung wird das noch einmal bekräftigt: „Zu meiner Überraschung waren unsere Ansichten fast deckungsgleich, was die Einschätzung dieser Thematik angeht“.

■ **„Gemeinsames Ziel ist die Herrschaft der Juden zu beenden“** ■

Doch konnte man auch beim Verfassungsschutz nicht verhehlen, dass man über die konkreten Aktivitäten der 1953 in Ostjerusalem von dem Religionsgelehrten Nahbani gegründeten Organisation kaum etwas wusste. Noch Ende November wiederholte die Chefin des Berliner Verfassungsschutzes, Claudia Schmid, vor dem Verfassungsschutz-Ausschuss des Abgeordnetenhauses, was in allen Pressemeldungen über die Veranstaltung der Freiheitspartei schon längst bekannt war. Sie schloss mit der Warnung, dass die Äußerungen und Aktivitäten von Hizb ut-Tahrir „eine radikalisierte Wirkung auf Muslime“ haben könnten. Tatsächlich hat die Organisation nach Angaben der Mitarbeiterin beim Zentrum für Demokratische Kultur (ZDK) Claudia Dantschke, seit den 90er Jahren eifrig Anhänger gewonnen. Mitte November wurden auf Antrag der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main in einer bundesweiten Razzia 27 Büros und Privaträume der Befreiungspartei durchsucht, zahlreiche Computer und schriftlichen Unterlagen beschlagnahmt. Dabei interessierten sich die Ermittler auch für die Kontakte zu deutschen Neonazis.

Die Verbindungen zwischen Neonazis und Islamisten werden durch das Verbot der in Deutschland noch immer eher unbedeutenden Organisation allerdings nicht beendet sein. Vor allem die NPD bemüht sich in der letzten Zeit auffällig um solche Verbindungen. So trat auf einer NPD-Veranstaltung im sächsischen Grimma im September 2001 der Schweizer Islamist Ahmed Huber als Redner auf. Bereits im Oktober 2000 referierte er auf einem Kongress der Jungen Nationaldemokraten über den „Islam und Neue Rechte“. In einem Interview mit dem österreichischen Nachrichtenmagazin „Profil“ nannte er als gemeinsames Ziel von Neonazis und Islamisten, „die Herrschaft der Juden zu beenden“.

Peter Nowak

Aktivitäten**Mehr „Basiskampf“**

In der Neonazi-Szene streitet man sich über den Sinn und Unsinn ständiger Demonstrationen.

Christian Worch zog zum Jahresende Bilanz: Bei 34 Demonstrationen sei er 2002 dabei gewesen. Im Durchschnitt habe er etwa 400 Teilnehmer gezählt. Im Jahr zuvor seien es 37 Demos mit durchschnittlich nur 300 Teilnehmern gewesen, im Jahr davor nur 27 Aufmärsche mit noch weniger Demonstranten. Eine „Demo-Müdigkeit“ könne er nicht erkennen. Worchs Fazit ist positiv: „Ich für meinen Teil halte – zumindest im Augenblick!!! – Demonstrationen für die wirksamste Waffe gegen Repression und fehlerhafte Politik. Und ich denke, das wird sie noch auf Jahre hinaus bleiben.“

Worch muss sich rechtfertigen. Er ist erneut in die Kritik geraten. Zur Diskussion über die Frage anonymer Strukturen der Neonazis (BnR 1/03) ist eine weitere hinzugekommen: die über den Sinn und Unsinn von Demonstrationen zu allen möglichen Themen quer durch die Republik. Eine solche Diskussion muss ihn besonders treffen. Schließlich gilt er als der Protagonist des Konzepts, beinahe allwöchentlich auf die Straße zu gehen. Und: Ihm haben es die Neonazis zu verdanken, dass sie das auch tun können. Wiederholt zog er vor die Gerichte, um Aufmärsche juristisch durchzusetzen.

Die Fronten der neuen Diskussion ähneln denen der Anonymitätsdebatte. Vorneweg in der Reihe der Worch-Gegner: das Aktionsbüro Nord. Die Hamburger Riege rund um Tobias Thiessen hatte Ende letzten Jahres unter dem Titel „Zu wenig Demotermine?“ eine „Lageanalyse und Vorschau“ veröffentlicht und war darin zu einem anderen Ergebnis gekommen als Worch: „Die Zahl an Demonstrationen ist... auch bundesweit spürbar zurückgegangen.“ Auch die Beteiligung ließ dem Aktionsbüro zufolge nach: „Von einigen wichtigen Themen (1. Mai, Hess-Märsche in Wunsiedel, Demos gegen die Antiwehrmachtsausstellung) abgesehen, erlangten alle weiteren Demos kaum noch die Stärke der Vorjahre beziehungsweise des wirklich Möglichen. Der große Schwung war einfach raus.“ Viel Bedauern haben Thiessen & Co. dafür nicht übrig: „Bei verantwortungsbewussten Führungskameraden hat sich außerdem die Einsicht

durchgesetzt, dass ein Übermaß an Demonstrationen derzeitiger Prägung ein eher sinnloser Kräfteverschleiß ist.“ Die vielen Demos der letzten Jahre hätten keinen nennenswerten und vielerorts überhaupt keinen Zulauf neuer Mitstreiter gebracht.

Das Aktionsbüro empfiehlt als Alternative den „Basiskampf“, mit „gut organisiertem Infostand oder einer flächendeckenden Plakatkampagne“ auf lokaler Ebene. „Viele Kameraden kennen die Bahnhofsvorplätze und Innenstädte ungezählter Städte in der ganzen Republik – aber wo bei ihnen um die Ecke die örtliche Antifa-Location ist und was da an Gewalttaten geplant wird, davon haben sie keinen Schimmer.“ Man müsse endlich aufhören, Demonstrationen als beliebig einsetzbares Allheilmittel zu betrachten. „Vielmehr sollte eine Demonstration nur der Höhepunkt einer langen Kampagne für oder gegen ein Thema sein“, fordert das Aktionsbüro unter dem Slogan „Demokultur statt Demotourismus!“ Ohne inhaltliche Einbettung könne eine Demonstration „allenfalls noch als Spaßfaktor für unpolitische Mitläufer betrachtet werden, aber nicht mehr als Mittel zur Verbesserung unserer Politikfähigkeit“.

Das Aktionsbüro Nord, und vor allem dessen „Kopf“, Tobias Thiessen, hat für Worch seit einiger Zeit die Wirkung eines roten Tuchs. Warum das so ist, deutete er in einer Veröffentlichung vom 8. Januar an. Thiessen schreibt er die Äußerung „Demonstrationsanmelder sind bei uns nicht automatisch die großen Zampanos“ zu. Eine, wie Worch meint, „Herabwürdigung“ seiner Person. Entsprechend wehrt er sich gegen die Kritik: „Lass’ uns doch mal wissen, wo Du schon mal mit gutem Beispiel vorangegangen bist, deine eigenen Vorschläge vorbildhaft in die Tat umgesetzt hast!“, schreibt er – und findet nichts dergleichen bei Thiessen. „Deinem Aufruf zu gründlicherer Vor- und Nachbereitung (von Demonstrationen, d. Red.) solltest Du gelegentlich mal praktische Beispiele davon folgen lassen, wo und wie das in der Realität gemacht wird.“

Das Klima ist frostig zwischen den beiden norddeutschen Neonazis. „Wadenbeißerei“ wirft Worch Thiessen vor, und der revanchiert sich mit dem Vorwurf, Worch betreibe „offene Hetze“. Ändern mag sich Worch derweil nicht. Am erste Wochenende des Jahres Bochum, am zweiten Wuppertal, am dritten Uetersen: Worch scheint einen neuen Demonstrations-Rekord aufstellen zu wollen. Ob ihm die Kameraden folgen, bleibt offen. *Tomas Sager*

Aktivitäten**Bruderzwistigkeiten****Der Sittenkodex in der Neonazi-Szene**

Eigentlich hätte der Streit ja in der „Familie“ bleiben sollen – wie so viele zuvor: Liefe man immer zur Polizei, wenn sich Neonazis untereinander verprügeln, hätte er selbst wohl schon 15 Jahre absitzen müssen, schätzt Siegfried Borchardt (49), früher „Kopf“ der rechtsextremen Borussenfront sowie FAP-Bundesvize und noch heute Anführer der Neonazi-Kameraden in Dortmund. Der Streit blieb aber diesmal nicht intern. Und so entschied am 10. Januar das Landgericht seiner Heimatstadt, dass Borchardt für weitere neun Monate hinter Gittern verschwinden soll. Sein Vorstrafenregister – 25 Verurteilungen gab es bereits zwischen 1976 und 2001 – wird damit noch einmal etwas länger.

Im September 2001 war es, als Borchardt seine Autorität untergraben sah. Und das zu allem Überfluss von Michael Kratz, einem, wie Borchardt sagt, „Vorzeigekameraden“, der früher auch als Ordner bei Neonazi-Aufmärschen diente. Der hatte einen Job als Türsteher einer Kneipe gefunden und auf Anweisung seines Wirts den durstigen „SS-Siggi“ samt Kameraden eines Nachts abgewiesen. Borchardt schlief nach diesem Affront ein paar Stunden und startete am nächsten Morgen zur Racheaktion – wissend, dass er dem zehn Jahre jüngeren ehemaligen Kroatiensöldner unterlegen sein würde, wenn er ihn nicht überraschen konnte: „Der hat ja eine militärische Ausbildung und ist nicht der schwächste.“ Also trat er dessen Wohnungstür ein und bedachte ihn mit Faustschlägen und Fußtritten, noch ehe Kratz recht wach war. „Feige und hinterhältig“ vorgegangen zu sein, attestierte ihm das Landgericht, derweil sich Borchardt von seinem Kameraden „einfach menschlich enttäuscht“ fühlt. Nicht nur, weil er ihn nicht in die Kneipe ließ, sondern auch, weil er Strafantrag stellte. Borchardt hält am Sittenkodex der Szene fest: „So etwas macht man nicht.“ Er hätte sein Opfer auch schwerer verletzen können, ließ Borchardt das Gericht wissen. Aber: „Da es sich um einen Kameraden handelte, war das ja nicht angebracht.“

Schon im Februar steht Borchardt wieder vor Gericht: weil er bei einem Polizeieinsatz im vorigen Sommer „Sieg Heil“ gerufen und den Hitler-Gruß gezeigt haben soll.

Tomas Sager

Aktivitäten**Am Pranger****Neonazis ouden verurteilten Straftäter**

Schon bei der Verhandlung gegen Falk H. im vergangenen Jahr hetzten die Freien Nationalisten im Gerichtssaal. Nun empfahlen sie, den wegen Kinderschändung verurteilten früheren Polizeikommissar zu „besuchen“. Im Laufe des Neujahrstages verteilten Neonazis in dem Wohnviertel des 38-jährigen H. in Henstedt-Ulzburg einen Handzettel an die Nachbarn, in dem die volle Anschrift des Verurteilten und des Richters genannt wird. Denn mit dem Vorgehen, so das Aktionsbüro Norddeutschland, solle nicht nur vor dem „Kinderschänder“, sondern auch vor der „Verharmlosung solcher Delikte“ gewarnt werden.

Am 4. Dezember 2002 hatte das Kieler Landgericht Falk H. wegen sexuellen Missbrauchs an Jungen in mindestens sieben Fällen zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Während seiner Nebentätigkeit als Tauchlehrer hat er sich an Jungen im Alter von 14 und 16 Jahren vergangen. Mit dem Urteil folgte der Richter dem Antrag der Staatsanwaltschaft. Das Verfahren hatte für Aufsehen gesorgt, da der Ex-Polizist als Personenschützer für die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis eingesetzt war.

Die Flugblatt-Aktion der Neonazis aus dem Kameradschaftsumfeld um Clemens Otto fand aber nicht den erhofften Zuspruch. Als Anwohner die Verteilung beobachteten, riefen sie die Polizei. Die nahm zwei Kameraden vorläufig fest und untersagte die Verteilung. „Gegen die Verteiler und Urheber“, erklärt ein Polizeisprecher, „wurde Anzeige wegen Verunglimpfung des Staates und Aufforderung zu Straftaten und Bedrohung“ gestellt. Namen nannte der Sprecher allerdings nicht. Die Behörde bewertet den Aufruf als „Aufforderung zur Selbstjustiz“.

Aus Sorge, dass nun die Kameraden selbst juristisch belangt werden könnten, erklärt das Aktionsbüro, „die Anwohner haben ein Recht darauf, gewarnt zu werden. Gerade in dieser Gegend wohnen viele Familien mit Kindern“. Trotz des Misserfolgs soll der Protest fortgesetzt werden: „Die Erkenntnis, dass dieses System unfähig ist, solche krankhaften Entwicklungen zu unterbinden, muss sich im Volk viel stärker verankern“. *Andreas Speit*

Aktivitäten**Provokation****Neonazi-Aufmarsch in KZ-Nähe verboten**

Für eine Demonstration unter diesem Motto sei wohl „kein treffenderer Ort denkbar“, erklärte der Neonazi frank und frei den Polizeibeamten beim Kooperationsgespräch. Unter dem Motto „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ hatte der Gevelsberger Marc vom Ort mit seinen Kameraden Anfang letzten Jahres an der Wewelsburg, die Heinrich Himmler einst zum „wissenschaftlichen“ und „kultischen“ Zentrum der SS ausbauen wollte, groß aufmarschieren wollen (BnR 1/02). 1000 Teilnehmer waren avisiert, eine vier- bis fünfstündige Kundgebung mit Reden von Friedhelm Busse, Christian Worch, Hartmut Wostupatsch und Ronald Guziowski war geplant. Anschließend sollte es mit Landsknechtstrommeln und Fackeln ins eigens aufgestellte Festzelt gehen, wo als „würdiger Ausklang“ ein Konzert mit drei Gruppen vorgesehen war, darunter die Dortmunder Rechtsrock-Band „Oidoxie“.

Die Provokation in unmittelbarer Nähe nicht nur der Wewelsburg, sondern auch des KZ Niederhagen, in dem mindestens 1285 Menschen ihr Leben ließen, scheiterte. Die Polizei in Bielefeld verbot die Veranstaltung und bekam bis hin zum Bundesverfassungsgericht Recht. Das Oberverwaltungsgericht für NRW hielt fest, von der Versammlung gehe „eine nicht hinnehmbare Provokationswirkung und eine Verhöhnung der KZ-Opfer und ihrer Hinterbliebenen aus“. Für Anmelder Marc vom Ort hatte die Sache nun auch ein strafrechtliches Nachspiel. Wegen des Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen verurteilte ihn das Landgericht Dortmund Anfang Januar zu einer Bewährungsstrafe von sechs Monaten und einer Geldbuße von 1000 Euro. Zum Verhängnis geworden waren vom Ort zwei inzwischen abgeschaltete Internetseiten, die er vor einem Jahr betrieb. Auf denen hatte er unter Nennung des Mottos auf die Veranstaltung hingewiesen. „idwa“ stand dabei für eine „Initiative der weißen Art“, in deren Namen der mittlerweile 30-Jährige die Demonstration angemeldet hatte; hinter „donnertex“ verbarg sich ein Versandhandel für die rechtsextreme Szene. Von der I.d.w.A. und von Donnertex hat man seither nicht mehr viel gehört. Marc vom Ort hingegen fehlt nach wie vor bei kaum einem der Neonaziaufmärsche im Ruhrgebiet. T.S.

Wahlen**Ohne Chance****Bei der Landtagswahl in Hessen spielen rechtsextreme Parteien keine Rolle.**

Drei Kandidaten aus dem rechten Spektrum kämpften bei der Landtagswahl 1999 in Offenbach um das Direktmandat: die Republikaner, die NPD und der Bund freier Bürger. Wenn die Offenbacher jetzt am 2. Februar in der Wahlkabine ihr Kreuz rechts außen machen wollen, suchen sie vergeblich nach einem Kandidaten.

Die Rechten spielen bei der Landtagswahl in Hessen keine Rolle. Die NPD tritt gar nicht erst an. Die Republikaner kommen mit einer Rumpfmannschaft daher. 1999 hatten sie noch in jedem Wahlkreis einen Kandidaten gestellt. Diesmal konnte der Landesvorsitzende Haymo Hoch gerade noch sieben weitere Mitglieder zur Kandidatur überreden. Der 49-jährige Regierungsdirektor versucht es erneut in seinem „Heimatswahlkreis“ Bergstraße II. Vor vier Jahren schaffte er 3,8 Prozent. Aus vielen Wahlkreisen hat sich die Partei zurückgezogen, obwohl sie 1999 teilweise bemerkenswerte Ergebnisse erreichte. Für die einstigen „REP-Hochburgen“ wie die Wahlkreise Odenwald (4,1 %), Offenbach-Stadt (4,7), Wiesbaden III (4,3 %), Main-Kinzig II (5,2 %) und Main-Kinzig III (4,4 %) wurden offenbar keine Kandidaten gefunden. Etwas verstaubt sind auch die Themen: Plakate wie „Wahltag ist Zahhtag“ sollen den Protestwähler mobilisieren, Flugblätter wie „Keine Gnade für Kinderschänder“, den Rest vom Stammtisch. Doch die Wahl in Hessen wird wohl keine Protestwahl.

Auch die 15 Listen- und 6 Direktkandidaten der Schill-Partei dürften wenig Chancen haben. Der hessische Ableger hatte sich im August vergangenen Jahres gegründet. Der Landesvorsitzende Frank Bücken hat angekündigt, man werde ehemalige Mitglieder rechtsextremer Parteien nicht aufnehmen, doch im Wahlkampf werden unter der Leitlinie „Sichere Ausländerpolitik“ die Streichung des Asylrechts und schnellere Abschiebungen gefordert. Letzte Prognosen machen den rechten Parteien wenig Hoffnung: Nach einer Umfrage von dimap kommt keine der elf kleineren Parteien und Wählerinitiativen, von den Republikanern über die Tierchutzpartei bis zu den Flughafengegnern, über die Fünf-Prozent-Marke. Benny Bender

Ausland**Rechte Turbulenzen**

Die US-amerikanische National Alliance hat einen ihrer zentralen Führungsleute gefeuert. Auf dessen Initiative ist mit der White Revolution jetzt eine neue Organisation entstanden.

Führende Vertreter der einflussreichen National Alliance (NA) sind gegenwärtig in den gesamten USA unterwegs, um unzufriedene Anhänger zu beschwichtigen. Die seit 28 Jahren bestehende elitäre US-amerikanische rechtsextreme Organisation war bereits am 23. Juli 2002 in ihren Grundfesten erschüttert worden, als ihr Gründer und Anführer William Pierce unerwartet an Krebs verstarb. Innerhalb weniger Tage ernannte jedoch eine geheimnisvolle Honoratiorenrunde („board of directors“) den Chef des zur NA gehörenden Musiklabels Resistance Records und Vorsitzenden der Sektion Cleveland, Erich Gliebe, zum neuen Führer der NA, was die Lage zu stabilisieren schien (vgl. BnR 16 und 17/02).

Doch wie erst später bekannt wurde, schasste Gliebe bereits am 17. September den populären so genannten „Vize-Mitgliederkoordinator“ der Organisation Billy Roper aus seinem Amt und schloss ihn auch gleich unehrenhaft aus der NA aus. Schon vorher war allerdings deutlich geworden, dass Gliebe und Roper, der selbst Favorit für die Pierce-Nachfolge gewesen war, fundamental unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich Organisation und Struktur der NA vertreten. Durchgesickert war ebenfalls, dass William Pierce selbst und auch Gliebe bei der zweimal jährlich stattfindenden „leadership conference“, zu der hoffnungsvolle Führungskräfte der rund 1500 Mitglieder zählenden NA eingeladen werden, im Frühling 2002 die Anhänger anderer rechtsextremer Gruppen wenig schmeichelhaft als „Freaks“ und „Schwächlinge“ titulierte hatten. In seiner letzten dokumentierten Rede soll sich Pierce angeblich vor allem über die notorisch zersplitterte Aryan Nations und die World Church of the Creator (WCOTC) von Matt Hale lustig gemacht haben, zwei der neben der NA bekanntesten rechtsextremen Organisationen in den USA. Seit jeher hatte William Pierce vor allem rechtsextreme Skinheads als unzivilisiert und für die sich als intellektuelle arische Avantgarde verstehende National Alliance unakzeptabel positioniert.

Die so negativ Titulierten waren erwartungsgemäß nicht amüsiert und ein wahrer Sturm der Entrüstung brach nach und nach los. Sogar ein Boykott des lukrativen NA-Goldesels Resistance Records wurde diskutiert. Rassistische Skinheads, die unter anderem einen guten Teil der Anhängerschaft der WCOTC ausmachen, posteten wütende Gegenangriffe in Chatrooms und im Internet. Ein führendes Mitglied von „Blood&Honour“ schrieb, dass er „nichts mehr mit der NA zu tun haben wolle“.

Billy Roper hingegen favorisierte eine Strategie der offenen Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremen Gruppen und hatte dies auch aktiv betrieben. Er gab unterdessen bekannt, dass er angeblich auf Drängen „hunderter weißer Nationalisten“ eine eigene Organisation mit dem Namen „White Revolution“ („The Only Solution“) ins Leben gerufen hat. White Revolution (WR) soll als Dachorganisation für alle anderen über die USA verstreuten rechtsextremen Gruppen sowie unorganisierten „Patrioten“ fungieren und sich so eindeutig von der National Alliance unterscheiden.

■ Künftig von allen Hammerskin-Konzerten ausgeschlossen ■

Roper gibt an, dass seine Gruppe schwerpunktmäßig organisationsübergreifende Demonstrationen, Proteste, Konzerte und andere Veranstaltungen organisieren will, die keine der rechtsextremen Gruppen allein auf die Beine stellen könnte. So gehe es nicht darum, anderen Gruppierungen die Mitglieder abspenstig zu machen, sondern als Bindeglied zwischen allen zu wirken. Eine Mitgliedschaft ist für einen Monatsbeitrag von 10 Dollar zu erwerben – vorausgesetzt, man ist weiß, heterosexuell, über 18 und hat „ausschließlich europäische Vorfahren“. Drogenkonsum oder nicht-weiße Angehörige werden nicht akzeptiert.

Obwohl Roper die ersten programmatischen Aussagen der WR vorsichtig von direkter Kritik an der NA freihielt, tauchten schon nach wenigen Tagen immer mehr implizite Attacken auf der neuen WR-Webseite auf. So schreibt er, seine WR würde eine „Meritokratie“ sein, in der jedes Mitglied nach dem Grad seines Aktivismus eingeschätzt werde, nicht nach dem Bildungsgrad oder dem Vermögen.

Nun feuerte Gliebe zurück und ließ durch den neuen NA-Mitgliederkoordinator David Pringle (vormaliger Gebietsleiter von Alaska) eine sieben Punkte

umfassende „Anklage“ verbreiten, in der Billy Roper unter anderem missbrauchtes Vertrauen, hinterlistige Attacken gegen andere NA-Mitglieder und sogar „Spionage“ für das Southern Poverty Law Center (SPLC), eine zivilgesellschaftliche Beobachtungsstelle gegen Rechtsextremismus in Alabama, die über die Ausfälle von Pierce und Gliebe bei der Leadership Conference im Frühjahr berichtet hatte, vorgeworfen wurde. Roper wies alle Anwürfe von sich und attackierte seinerseits nicht weniger abstrus die NA-Führung damit, einen Angestellten zu beschäftigen, der eine nicht-weiße Frau und „gemischtrassige“ Kinder habe.

Gliebe behauptete dann schließlich, dass der inzwischen verstorbene Pierce und er keinerlei kritische Kommentare gegenüber Skinheads und anderen Gruppen gemacht hätten und alles eine Kampagne des Southern Poverty Law Center sei. Da allerdings rund 80 Personen bei der Konferenz im April zugegen gewesen waren – und davon einige Gliebe offen widersprachen – stand dieser gar als Lügner gegenüber den eigenen Mitgliedern da. Fast zeitgleich wurde bekannt, dass die National Alliance von allen von den Hammerskins organisierten Konzerten ausgeschlossen sei – ein bis dahin noch nicht dagewesener Vorgang.

Inzwischen sind auf der WR-Webseite Unterstützungsbotschaften von Matt Hale und anderen Vertretern rechtsextremer Gruppen wie der American Nazi Party und auch der Aryan Nations-Fraktion von August Kreis (vgl. BnR 21/02) zu finden. In einem Interview traf Kreis den wunden Punkt der NA: seine Organisation und die mit ihnen verbundenen Skinheads würden schon seit jeher nicht mit Resistance Records zusammen arbeiten und ihren Bedarf an CDs beim Konkurrenzunternehmen Panzerfaust Records (geführt von Anthony Pierpont und den Hammerskins nahe stehend) decken. Sollten viele diesem Beispiel folgen, wäre der National Alliance der Großteil ihrer finanziellen Grundlage entzogen und die Organisation würde viel ihrer politischen Schlagkraft einbüßen.

Das Führungspersonal der NA gibt sich unterdessen schweigsam und nach Recherchen des SPLC, dem elitären Selbstverständnis entsprechend, einen inoffiziellen Verhaltenskodex aus: „Es ist meine Pflicht, meinen Körper fit, meinen Verstand scharf und meinen Mund geschlossen zu halten“, heißt es da, wie auch pathetisch: „Es ist meine Pflicht, zu sterben bevor ich Schande bringe über ... die National Alliance“. *Thomas Grumke*

Ausland

Krisenmanagement

Holocaust-Leugner in Katerstimmung

„In seiner gegenwärtigen Form steckt der Revisionismus in einer Krise“, schließt der französische Holocaust-Leugner Robert Faurisson seine Berichterstattung über den 14. Kongress, den das US-amerikanische Institute for Historical Review (IHR) Ende Juni 2002 veranstaltet hatte. Das „allgemeine Interesse für den Revisionismus“ sei „im Lichte der Geschehnisse des 11. September 2001“ zurückgegangen. Faurisson kann sich nicht ganz von seinen Illusionen befreien, und so behauptet er, der heutige Revisionismus habe „alle Schlachten gewonnen, jedoch den Krieg verloren“, doch seien die Revisionisten von der Gegenseite „regelrecht niedergewalzt“ worden. Auch hätten sie „Angst“ vor der „Repression“ und seien „müde“.

Die Einschätzung einer Krise bestätigt auch der deutsche Holocaust-Leugner Germar Rudolf, der sich mittlerweile in den USA niedergelassen hat. In einem längeren Aufsatz, unlängst veröffentlicht in den „Vierteljahresheften für freie Geschichtsforschung“, schreibt Rudolf über den Niedergang des IHR, das „im Prinzip in Auflösung begriffen“ sei und den „Zusammenbruch jeder Publikationsmöglichkeit wissenschaftlich-revisionistischer Artikel in englischer Sprache“ zur Folge habe.

Der deutsche Justizflüchtling will jetzt gegensteuern und künftig neben den deutschsprachigen „Vierteljahresheften für freie Geschichtsforschung“ noch die englischsprachige Zeitschrift „The Revisionist“ publizieren, alles unter dem Dach seines Ein-Mann-Verlages Castle Hill Publishers. Weiter will er deutsch- und englischsprachige Bücher herausgeben und das Buchprogramm der unter Druck geratenen Stiftung Vrij Historisch Onderzoek betreuen. Die Ankündigung seiner großen Pläne vermischt Rudolf mit Anspielungen auf die Notwendigkeit von „Dauerspendern“ und „Unterstützern“. Neben Geld hofft er auf „Mitarbeit“, damit er sich „mehr und mehr auf das Management dessen konzentrieren“ könne, „was man den weltweiten Revisionismus nennt.“ Wie erfolgreich dieser Aufruf auch immer sein mag: Die publizistische Infrastruktur der Internationale der Holocaust-Leugner hängt in Zukunft weitgehend von der Arbeitskraft eines Mannes ab. *Hans Stutz*

Seitenblick**Kein Stadtverbot**

Eine deutliche Mehrheit (82,8 Prozent) von Leserinnen und Lesern des Berliner „Tagesspiegel“ ist dafür, die bedeutende Sammlung von Gegenwartskunst des Flick-Erben Friedrich Christian in die Bundeshauptstadt zu holen und auszustellen. Auch ich habe bei der Telefonumfrage die „Ja“-Ziffer gedrückt. Obwohl es Argumente gibt, die beachtet und öffentlich debattiert werden müssen.

Friedrich Christian („Mick“) Flick, Jahrgang 1944, hat seinen Kunstschatz mit Millionen zusammengekauft, die aus dem Erbe seines Großvaters stammen. Dessen Vermögen wiederum wurde teilweise von Zwangsarbeitern erwirtschaftet, die in Rüstungsfabriken des Flick-Konzerns Waffen für den Nazi-Krieg herstellten. Ein mit blutigem Geld erworbenes Eigentum also, von dem der Berliner Senat aus moralischen Gründen die Finger lassen muss? So meinen die einen und weisen darauf hin, dass gerade die ehemalige Reichshauptstadt einen solchen Hintergrund nicht ignorieren dürfe. Was sollen die überlebenden Zwangsarbeiter davon halten, wenn mit der Bilderschau die Rehabilitierung des Namens Flick eingeleitet wird? Schließlich hat sich der Enkel geweigert, aus seinem Privatvermögen in die Stiftung zur Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter/innen einzuzahlen.

Fragen und Hinweise, die sich hören lassen. Die aber einem mechanischen Muster folgen, das überholt ist und allmählich anderen Sichtweisen weichen sollte.

Flick junior ist weder dafür verantwortlich noch dafür haftbar zu machen, dass sein Großvater Friedrich Flick Sklavenarbeiter ausbeutete, die Kriegsmaschinerie der Nazis in Gang brachte und als Verbrecher verurteilt wurde. Er hat sein ererbtes Vermögen vermehrt und Kunstwerke angeschafft. Heute sagt er: „Ich bedaure zutiefst die zahllosen Opfer des Dritten Reiches und das Unheil, das angerichtet wurde. Aber ich kann nicht Schuld tragen für etwas, das in Generationen vor mir geschehen ist. Schuld kann man nicht erben. Verantwortung kann man jedoch sehr wohl erben ...“ („Berliner Zeitung“ 18./19.1.2003). Und er weist darauf hin, dass er in Potsdam eine Stiftung gegen Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gegründet hat, in die er zehn Millionen Mark steckte und in die

er sich nach seinen eigenen Worten „persönlich einbringe“.

Den Verdacht, er wolle sich damit aus der Familiengeschichte freikaufen, die ihn immer wieder einholt, mag Mick Flick nicht hören: „Dass die Diskussion über die Vergangenheit der Familie Flick geführt wurde und wird, dafür habe ich Verständnis und ich halte es für richtig. Ich habe mich dieser Kritik auch gestellt“ („Neue Zürcher Zeitung“, 18./19.1.2003). „Ich glaube, ich setze mich aktiv mit meiner Verantwortung aus der Vergangenheit und mit meinen staatsbürgerlichen Pflichten auseinander“, beteuert er. Allerdings sehe er „ein Maniko bei mir in der Kommunikationspolitik“. Diese Lücke versuchte er mit seinen beiden Interviews nun nachträglich zu füllen. Wünschenswert wäre, wenn er noch offener damit umginge und deutlicher spräche. Aber auch das lässt sich nachholen.

Seine Weigerung, in den Zwangsarbeiterfonds einzuzahlen, begründete er in der „Berliner Zeitung“ so: „Ich hielt es nicht für sinnvoll. Erstens haben die ehemaligen Flick-Unternehmen überproportional Geld in den Fonds gegeben. Zweitens richtete sich die Forderung nur an Unternehmen, nicht an Privatpersonen.“ Das klingt kühl und hartherzig und stimmt auch nicht so ganz. Trotzdem kann ihn niemand zwingen, „all den Ideen nach(zu)gehen, die auf mich zukommen“ („Neue Zürcher Zeitung“).

Friedrich Christian Flick hat keine Untaten begangen, für die er sich entschuldigen müsste. Eine Verpflichtung, sich an der öffentlichen Debatte über die Verstrickung seiner Familie aktiv zu beteiligen, hat er aber schon.

Also hat der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit Recht, der diese beachtliche Bildersammlung in die Stadt geholt hat, wenn er sagt: „Unsere entwickelte demokratische Kultur bietet dafür einen gesicherten Boden, und gerade Berlin steht das gut zu Gesicht. Auch darin kann der Gewinn der Flick-Collection liegen.“ So ist es: Die Rolle der Familie Flick muss ebenso diskutiert werden wie die Kunstsammlung, die diesen Namen trägt.

Zu verlangen, Berlin dürfe sich nie wieder mit jemandem zeigen, der Flick heißt, ist kleinmütig. Wer der Familie Flick ein kollektives pauschales Stadtverbot für alle Zeiten erteilen möchte, verhindert jede produktive Auseinandersetzung über Vergangenheit und Gegenwart. Doch dafür ist Berlin genau der richtige Ort.

Helmut Lölhöff

Demokratische Initiativen**Drohende Insolvenz**

Engagiertem Verein werden die für das Jahr 2003 bereits zugesagten Zuschüsse aus Landesmitteln drastisch gekürzt.

Dem Verein „Miteinander“ in Sachsen-Anhalt, dessen engagierte Arbeit überregional und selbst international auf positive Resonanz stieß und stößt, wird von der neuen schwarzgelben Koalition der Geldhahn zugekehrt. Der CDU in Sachsen-Anhalt war er immer schon suspekt oder zumindest überflüssig erschienen. Die FDP wurde bei der Gründung des Vereins „Miteinander“ gar nicht erst gefragt, weil sie seinerzeit noch außerparlamentarisch opponierte. 1999 war der Verein gegründet worden – als Reaktion auf das Ergebnis der Landtagswahl ein Jahr zuvor. Damals war die rechtsextreme DVU des Münchner Multimillionärs Gerhard Frey mit beängstigenden 12,9 Prozent und insgesamt 16 Abgeordneten in den Magdeburger Landtag eingezogen. Die DVU hat sich längst selbst in den Abgrund gestritten, nach recht offensichtlicher Ansicht der derzeitigen Regierungskoalition soll der Verein „Miteinander“ ihr möglichst bald folgen. Damit droht einem Verein das Aus, der sich in überraschend kurzer Zeit mit seiner Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit, rechtsextremistische Gewalt und für Weltoffenheit und Toleranz auch überregional und selbst im Ausland ein gehöriges Maß an Achtung erworben hat.

Schon die Aussage im Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP war eindeutig: Die Koalition werde, so heißt es da, „die einseitige Förderung politisch motivierter Vereine (z.B. Miteinander e.V.) seitens der Vorgängerregierung einstellen und die freiwerdenden Mittel für plurale Angebote in der Jugendarbeit umschichten“. Der Verein, der bislang eine institutionelle Förderung in Höhe von 1,1 Millionen Euro erhalten hatte, sah sich gezwungen, entsprechend zu reagieren. Den derzeit 20 hauptamtlichen Mitarbeitern wurde vorsorglich gekündigt, ebenso vorsorglich wurden die Mietverträge für die Immobilien in ganz Sachsen-Anhalt gekündigt, in denen der Verein seine engagierte Arbeit betrieb.

Vor allem in strukturschwachen Regionen des Landes macht sich der Verein gegen rechtsextreme Bestrebungen stark und bietet Opfern rechtsextre-

mer Gewalt Hilfe, Beratung und Unterstützung an. Zu den rund 500 Einzelprojekten des Vereins zählen zudem Anti-Gewalt-Projekte in Schulen, Theaterarbeit mit Jugendlichen sowie die Weiterbildung von Lehrern im Umgang mit Rechtsextremismus und radikalen Jugendlichen.

Zwischen Vertretern der Staatskanzlei und dem Vereinsvorsitzenden Hans-Jochen Tschiche, einstiger DDR-Dissident und Bürgerrechtler, später bündnisgrüner Fraktionschef der rotgrünen Minderheitsregierung zwischen 1994 und 1998, wurde in Verhandlungen ein Kompromiss gefunden: 618 027 Euro sollte der Verein zur Fortsetzung seiner bislang erfolgreichen Arbeit im Jahr 2003 erhalten.

Der Verein vertraute den Zusagen der Regierung. Die vorsorglichen Kündigungen sowohl der Mitarbeiter als auch der angemieteten Immobilien wurden zurückgenommen. Tatsächlich erschien die von der Regierung zugesicherte Summe auch im Haushaltsentwurf für 2003. In den derzeit noch andauernden Haushaltsberatungen des Landtages kürzten die Vertreter von CDU und FDP im Sozialausschuss die Finanzzuweisungen an „Miteinander“ auf deutlich unter 300 000 Euro zusammen. „Wir haben uns in unserer Jahresplanung auf die Zusagen der Landesregierung verlassen“, sagt Tschiche. „Zumal wir noch kurz vor dem Jahreswechsel einen Zuweisungsbescheid des Landesjugendamtes bekommen haben, der ebenfalls auf entsprechende Zahlen hindeutete.“

Würden die neuen Zahlen – wie geplant – bei der abschließenden Lesung des Landeshaushaltes Ende Februar bestätigt werden, sei der Verein allenfalls noch bis Ende April liquide. Danach drohe unweigerlich der Gang zum Insolvenzrichter. Natürlich sitzt der Vereinsvorstand nicht da und wartet auf die eingehenden Landesgelder. Zur Finanzierung seiner vielseitigen Aktivitäten wirbt „Miteinander“ weitere Gelder ein, nicht zuletzt auch aus entsprechenden Töpfen der Europäischen Union. Diese Gelder aber müssen – in der Regel im Verhältnis eins zu eins – kofinanziert werden. „Wenn die Haushaltsanstütze der Koalitionsfraktionen tatsächlich so beschlossen werden, wie sie im Sozialausschuss festgezurret worden sind, dann reichen unsere Mittel zur Bezahlung von Mitarbeitern und Mieten vermutlich nicht einmal bis in den Mai hinein“, so Tschiche. „Von der Einwerbung von Drittmitteln aufgrund fehlender Finanzen zur Kofinanzierung ganz zu schweigen.“ *Eberhard Löblich*

Zwischenruf**Sammlerstücke**

„Sowohl aus historischer als auch aus Sicht des Kapitalanlegers sind diese Ausgaben einzigartig.“ Na, wenn das keinen Appetit macht, denn „das Wertsteigerungspotenzial dieser historischen Dokumente ist jedoch noch lange nicht ausgereizt“. Was da so warm angepriesen wird, sind Briefmarken. Nicht irgendwelche, sondern „solch imposante Wertzuwächse“ sollen „die Briefmarken des Deutschen Reiches 1933-1945 verzeichnen“, denn: „wegen ihrer attraktiven Motive zählen sie außerdem zu den schönsten deutschen Briefmarken überhaupt.“ „Diese Kunstwerke im Kleinformat“ sollte man jetzt kaufen, denn „nach der enttäuschenden Wertentwicklung deutscher und internationaler Aktien und der allgemeinen Verunsicherung nach der Währungsumstellung wenden sich immer mehr Kapitalanleger verstärkt sicheren Sachwerten zu“. Damit sich der Philatelist auch bei seinen Briefmarken wohlfühlt, werden sie illustriert mit dem Marsch am 30. Januar 1933 durch das Brandenburger Tor. Das „repräsentative Sammelalbum zur stilvollen Aufbewahrung Ihrer wertvollen Original-Briefmarken“ wird aufgemacht durch die „Faksimile-Urkunde auf Albumblatt: Auflösung des Reichstags“ und für das Jahr 1933 heißt es in aller Unschuld, am 23. März 1933 habe Adolf Hitler „als seit dem 30. Januar 1933 amtierender Reichskanzler die Vision einer Vermählung zwischen den Symbolen‘ beschworen“. Vertrieben wird diese historisch sicher nicht falsche, gleichwohl reichlich beschönigende Historiendarstellung durch den Briefmarkenhandel Richard Borek aus Braunschweig mit freundlicher Unterstützung durch seinen „Partner Deutsche Post“. *Klaus-Henning Rosen*

Hinweis

Berlin – Zu einer Podiumsdiskussion „‘Uns hat keiner gefragt’ – Positionen der dritten Generation zur Bedeutung des Holocaust“ lädt das Kulturforum der Sozialdemokratie in Zusammenarbeit mit der „Berliner Republik“ ein. Nach der Eröffnung durch Wolfgang Thierse diskutieren u.a. der SPD-Parlamentarier Michael Roth sowie die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwarz mit den Autoren des gleichnamigen Bandes „‘Uns hat keiner gefragt’...“, der kürzlich von Studenten veröffentlicht wurde. Montag, 27. Januar, 19.00 Uhr, Atrium im Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin.

Grauzone**Scharnierfunktion****SWG feierte ihr 40-jähriges Bestehen**

Vorsitzender der als gemeinnützig anerkannten Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e.V. (SWG) mit Sitz in Hamburg ist Brigadegeneral a. D. Reinhard Uhle-Wettler. In einschlägigen Kreisen hat sich Uhle-Wettler als Herausgeber einer im rechtsextremen Arndt-Verlag (Kiel) 1998 erschienenen „Festschrift“ für den Holocaust-Leugner David Irving namens „Wagnis Wahrheit. Historiker in Handschellen?“ einen Namen gemacht. 1996 gratulierte Uhle-Wettler der „mutigen, jungen Mannschaft“ der „Jungen Freiheit“ (JF) im Namen der SWG zum zehnten Geburtstag.

Den Festvortrag zum 40-jährigen Bestehen der SWG, der in der Provinzialloge Hamburg gefeiert wurde, hielt Alexander von Stahl (FDP) zum Thema „Rechtsstaat und Liberalismus oder die wehrhafte Demokratie“. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte von Stahl die „Auseinandersetzungen“ zwischen der Rechtsaußen-Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) und dem nordrhein-westfälischen Landesamt für Verfassungsschutz. JF-Autor von Stahl übernahm im Sommer 2002 die Führung der Verfassungsbeschwerde der JF gegen den NRW-Verfassungsschutz.

Referenten des Festaktes waren die Autoren des „Ostpreußenblattes“ Wilfried Böhm, Uwe Greve und Klaus Hornung, die dem äußersten rechten Rand der CDU angehören. Grußworte wurden von Wilhelm von Gottberg, dem Sprecher der „Landmannschaft Ostpreußen“ und Hans-Jürgen Mahlitz, Chefredakteur des „Ostpreußenblattes“, überbracht.

Schwerpunkt der SWG-Aktivitäten sind „konservative Bildungsarbeit“ im „vorpolitischen Raum“ durch Vortragsveranstaltungen mit Referenten wie Hans-Helmuth Knütter und die Herausgabe der Reihe „Deutschland Journal. Fragen zur Zeit“, für die auch Alfred Mechttersheimer zur Feder greift.

Gründungsmitglied der SWG, die eine Scharnierfunktion zwischen rechten und ultrarechten Strukturen innehat, ist neben Artur Mißbach und Karl Friedrich Grau der 1995 verstorbene Chefredakteur des „Ostpreußenblatt“. Hugo Wellems arbeitete ab 1936 als Referent in Goebbels Reichsministerium für „Volksaufklärung und Propaganda“. *A.M.*

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 18. Jg., Nr. 52/02-1 – 4/2003: Der „Lügenerausschuss“ des Bundestages“ solle sich bewusst sein, dass „wichtige Schlüsselpositionen in Gesellschaft und Politik noch immer von 68ern besetzt gehalten werden“, die das „Meinungsklima“ diktierten, meint Klaus Motschmann. Alexander von Stahl sieht die 68er jetzt auch in den Verfassungsschutzämtern angekommen. Der „Kampf gegen wirklichen und vermeintlichen Rechtsextremismus“ habe „im Zusammenhang mit dem mainstream der Politischen Korrektheit“ schlagartig die Akzeptanz der Verfassungsschutzbehörden erhöht, erklärt von Stahl im Interview. Manuel Ochsenreiter mokiert sich über die Sperrung von rechtsextremen Internetseiten wie „Stormfront“, was mit „mit richterlicher Zustimmung“ in Nordrhein-Westfalen geschehe. Statt als „willkürlicher Gedankenpolizist gegen missliebige politische Meinungen“ sollte der Staat besser gegen linksextremistische und perverse Seiten vorgehen, schlägt der JF-Autor vor. Für Doris Neujahr ist das Amt des Bundespräsidenten fehlbesetzt, da Johannes Rau „weder intellektuell noch habituell in der Lage“ sei, die „herrschende Atmosphäre aus diskurssem Muff und moralischer Erpressung durch geistige Frischluft zu ersetzen“. Klaus Hornung, Präsident des Studienzentrums Weikersheim, wäht die „Konservativen und demokratischen Rechten“ in den Fängen einer „beinharten langfristigen Machteroberung in der Verkleidung antifaschistischer Political Correctness“ und zieht einen perfiden Vergleich zu 1933, als „Marxisten, Juden und Freimaurer“ zu Feinden bestimmt wurden. JF-Thema ist die Bombardierung deutscher Städte: Ein in der JF abgedruckter – von der JF-Redaktion inhaltlich nicht geteilter – offener Brief des britischen Schriftstellers Frederick Forsyth, der darauf hinweist, dass Hitler-Deutschland den Terror begonnen habe, stößt auf empörte Reaktionen der JF-Leserschaft, wobei zum Teil die Schuld Nazideutschlands am 2. Weltkrieg relativiert wird. Die JF kündigt für Februar eine „Sonderausgabe zum Bombenkrieg“ an. Zum 80. Geburtstag werden zwei Jubilare gewürdigt: Thorsten Thaler spricht mit Franz Schönhuber, der seine „heutige Distanz zu allen bestehenden Rechtsparteien“ verdeutlicht und sich wünscht, in seinem „Denken rehabilitiert“ zu werden. Lobende Worte für den vom bedeutenden Historiker zum heute „geächten“ Ernst Nolte findet Karlheinz Weißmann. (gn)

„Nation&Europa“ (NE), 53. Jg., Heft 1/2003: Leitthema ist die EU-Aufnahme der Türkei. Dabei steht das Bedrohungsszenario im Vordergrund („42% der in Berlin lebenden Türken sind arbeitslos. ... In ein paar Jahren wird man sich der Quote wehmütig erinnern.“). Es wird der schwindende „Behauptungswille“ beklagt (Karl Richter), das Bewusstsein der eigenen Identität erlahme wegen „Umerziehung und 68-er Irrsinn“. Drohpotenzial ist die demographische Entwicklung. In der Ablehnung versichert man sich Prominenter wie Giscard d'Estaing und den Papst, der davor gewarnt habe, die Grundlagen Europas ohne den „Zement“ des gemeinsamen Erbes zu legen – NE mutiert hier gar vom Gegner zum EU-Verteidiger. Von da ist es nicht weit zur Ablehnung der nächsten Minderheit, den Juden, deren Sprecher Michel Friedman für mehr Zuwanderung plädiere. Bezüglich der Bedeutungslosigkeit der extrem rechten Parteien wird über eine Parteigründung Möllemanns spekuliert, dem der Rat mitgegeben wird, nicht in die „Abgrenzungspanik“ Schills zu verfallen (Michael Brückner). Angesichts seiner Rolle in der Flickaffäre erfährt Graf Lambsdorff Kritik als Anführer der Fronde gegen Möllemann, die Spur führt „zur amerikanischen Ostküste“ (wo das amerikanische Judentum verortet wird), sei er doch „Europa-Chef der ‘Trilateralen Kommission’“. Franz Schönhuber (der zum 80. gewürdigt wird) traut Möllemann nicht allzu viel Chancen zu, „das Potenzial der ‘National-Liberalen’ (sei) ... nicht besonders risikofreudig“. Den „Patrioten“ rät er angesichts der Konzeptionslosigkeit rechts zu „Geduld“ und Unterwanderung der bröckelnden etablierten Parteien, die doch auch Altnazis aufgenommen hätten. Mit Liebe und wortgewaltig verfolgt er Michel Friedman („publicitygeil“, „gegelte Null“) und Angela Merkel („politische ‘Zugehfrau’ im ‘Bush-Haushalt’“). Jörg Haider hat er als Hoffnungsträger abgeschrieben und hofft auf die parteiübergreifende Bewegung (sic!) „Ami, go home!“ NE bekümmert eine quasi Ungleichbehandlung: den REP würden „systematisch Beschimpfung, Verleumdung und Verdächtigung gegen Vertreter des Verfassungsstaates“ vorgehalten, während Thomas Goppel (CSU) ungestraft Hans Eichel als „Lügner und Betrüger“ bezeichne; Günther Deckert werde wegen des Begriffs „Rasse“ über Juden bestraft, Salcia Landmann hingegen nenne ihr Standardwerk „Die Juden als Rasse“. Der tschechische Politiker Václav Klaus verweigert in dem – unnötigen – Interview den von NE gewollten Schlusstrich unter die Verbrechen der Deutschen: „Ich kann die historische Abfolge der Geschehnisse nie vergessen.“ (khr)

Meldungen**Inland**

■ **Dresden** – Dem rechtsextremen Dresdner „Klub Thor“ droht das Aus. Der Eigentümer der Immobilie hat Presseberichten zufolge den Pächtern der Kneipe gekündigt. Seit Mai vergangenen Jahres existiert die braune Kneipe im Dresdner Stadtteil Uebigau (BnR 13/02). Zu Jahresbeginn diente „Thor“ erst wieder als Treff- und Ausgangspunkt für ein geplantes Skinhead-Konzert. Durch einen Großeinsatz von Polizeibeamten war der Veranstaltungsort in Thürmsdorf (Kreis Pirna) jedoch geräumt worden.

■ **Eisenach** – Eine Saalveranstaltung zum „70. Jahrestag des 30. Januar 1933“ veranstaltet das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Westthüringen“ (NSAW) am 1. Februar bei Eisenach. In dem Einladungstext wird Hitler als Retter Deutschlands, der „in wenigen Monaten die schlimmste Not“ im Land behob, gefeiert. Auf der Veranstaltung will man sich jedoch nicht nur mit dem historischen Datum 30. Januar auseinandersetzen: „Damit das deutsche Volk einst wieder einen 30. Januar erleben kann, müssen wir als nationaler Widerstand geschlossener denn je für eine kommende deutsche Revolution eintreten. Deshalb soll bei dieser Veranstaltung auch erörtert werden, in wie weit der 30. Januar 1933 der heutigen Generation von nationalen Sozialisten als Vorbild und Programm für die Zukunft dienen kann.“ Als Referenten der Saalveranstaltung sind die Neonazis Gert Ittner und Hartmut Wostupatsch, ehemals ANS-Aktivist, zuletzt Strategie der Revolutionären Plattform der NPD, angekündigt. Für das musikalische Programm sorgt die Gruppe „Frontalkraft“.

■ **Hannover** – Zu den niedersächsischen Landtagswahlen am 2. Februar treten die Republikaner mit 16 Kandidatinnen und Kandidaten an. Den Listenplatz Nr. 1 nimmt der Landesvorsitzende Peter Lauer ein, ihm folgen auf Platz 2 Karl-Ingo Welke und auf Platz 3 Wilhelm Köhler. Auf dem rechten Sektor kandidieren ferner die Partei Bibeltreuer Christen (PBC) mit 16 Bewerbungen und die Schill-Partei, die 29 Kandidaturen auf die Beine gestellt hat.

■ **Kleinmachnow/Hamburg** – Der notorische Antisemit Horst Mahler (NPD) hat gegen Ex-Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth und Spiegel-Redak-

teur Fritjof Meyer Strafanzeige „wegen Leugnung des Holocaust (angebl. Volksverhetzung)“ beim Berliner Generalstaatsanwalt Dieter Neumann gestellt. Meyer hatte in einem Beitrag für die Zeitschrift „Osteuropa“, zu deren Herausbergremium Süßmuth zählt, über die strittige Zahl der Todesopfer in Auschwitz geschrieben. Süßfisant schreibt Mahler, dass es „geheilte Kunde“ sei, dass das „Deutsche Volk Täter des größten – nein: des unvergleichlichen, weil einzigartigen – Verbrechens der Weltgeschichte sei. Auf Nachfrage kann man erfahren, dass dieses Volk in der Zeit von 1933 bis 1945 in 'Auschwitz' 4 Millionen Angehörige des von Jahwe auserwählten Volkes mittels des Giftgases 'Cyclon B' getötet und die Leichen eingäschert habe.“ Mahler appelliert an den Berliner Generalstaatsanwalt: „Es sollte nicht Provinzstaatsanwälten vorbehalten sein, den Standort der Justiz des Reichszerteilungsregimes 'Bundesrepublik Deutschland' angesichts des talmudistischen Seelenmordes am Deutschen Volk zu bestimmen. Die Verteidigung der Ehre des Deutschen Volkes gehört nach Berlin!“ Vor dem Amtsgericht Hamburg muss sich Mahler wegen „der Billigung einer Straftat“ verantworten. Mahler wird vorgeworfen, in einem in der ARD ausgestrahlten Beitrag die Terrorattentate vom 11. September 2001 in den USA als rechtens bezeichnet zu haben. Vor Gericht beschuldigte Mahler die USA, die Anschläge selbst inszeniert zu haben. Der Prozess gegen Mahler wurde vorübergehend ausgesetzt, da noch Zeugen vorgeladen werden.

■ **Kornwestheim** – Präsenz im Internet zeigt neuerdings die Deutsche Friedenspartei (DFP). Geschäftsführender Vorsitzender der DFP, die einen „Gegenpol in der parlamentarischen Opposition“ und „für alle Menschen, die sich für den Frieden entscheiden“ ein Forum bilden will, ist Helmut Krüger aus Kornwestheim. In den letzten Jahren engagierte sich Krüger bei den Republikanern, dem „Förderkreis Deutschland-Bewegung“ und dem „Cannstatter Kreis“. Krügers friedensbewegter Vorgänger im Amt des DFP-Vorsitzenden war der ehemalige baden-württembergische NPD-Landesvorsitzende und Funktionär der Deutschen Liga für Volk und Heimat Jürgen Schützinger.

■ **Lübeck** – Das „Bündnis nationaler Sozialisten für Lübeck“ kandidiert in allen 27 Lübecker Direktwahlkreisen bei der Kommunalwahl am 2. März. Die Kreisliste wird angeführt von dem 28-jährigen Schlosser Jörn Lemke, der zugleich Kreisvorsitzender der Lübecker NPD ist. Lemke war schleswig-holsteinischer JN-Landesvorsitzender und Ge-

neralsekretär des NPD-Landesverbandes. Auf Platz 2 folgt der 27-jährige NPD-Funktionär und Neonazi Jürgen Gerg. Auf Listenplatz 3 kandidiert der 21-jährige Marcus Schröder. Die neonazistische Gruppierung versteht sich als „Bündnis aller systemalternativen Parteien, Gruppierungen, Kameradschaften und Personen des Nationalen Widerstandes in Lübeck und hat sich die Bündelung dieser revolutionären Kräfte der nationalen Opposition“ auf die Fahnen geschrieben.

■ **Potsdam** – Das Landeskriminalamt Brandenburg hat erneut zwei CDs mit rassistischem Inhalt beschlagnahmt. Dabei handelt es sich um die in den USA produzierten CDs „Old School Hate“ der Gruppe „Angry Aryians“ und „Gang Violence“ von „Chaos 88“, sagte ein Sprecher des Potsdamer Innenministeriums. Die CDs waren der Polizei bei einem Einsatz in Golßen in die Hände gefallen. Anwohner hatten die Beamten wegen Lärmbelästigung und mehrfacher „Sieg Heil“-Rufe von zum Teil stark alkoholisierten Partyteilnehmern in der Nachbarschaft alarmiert. In der Wohnung wurden neben etlichen, bereits verbotenen CDs mit zum Teil strafbarem Inhalt auch die beiden jetzt zur Indizierung weitergereichten Scheiben gefunden. Der Wohnungsinhaber war der Polizei bereits einschlägig bekannt. Auf der CD „Old School Hate“ heißt es unter anderem: „So viel Freude, einen stinkenden, verlausten Nigger nieder zu machen. Einer mehr am Boden, der anfängt strömend zu bluten.“ Auf der Scheibe „Gang Violence“ wird unter anderem zu Gewalt gegen Frauen aufgerufen, die in Beziehungen mit Farbigen leben: „Ich nehm dich heute Nacht und werde dich die ganze Nacht lang betrunken machen, dann werde ich dich schlagen, ich werde dich vergewaltigen, ich werde dich heute Nacht im Wald zurücklassen.“

■ **Olsberg** – Die Neonazis aus dem Hochsauerlandkreis melden sich nach längerer Pause wieder „publizistisch“ zu Wort. Anfang des Jahres verbreiteten sie ein zwölf Seiten dünnes Heft mit dem Titel „Sauerländer Patriot“. Als verantwortlich zeichnet Andreas Becker, neben Daniela Wegener einer der Aktivisten der Neonaziszene im Hochsauerland. Wegener selbst hatte mit dem Vorgängerblatt des „Sauerländer Patrioten“, das unter dem Namen „Sauerländer Stürmer“ Ende 2000/Anfang 2001 in zwei Ausgaben verbreitet worden war, wenig Glück. Gegen sie ermittelte die Polizei. Ein Strafverfahren wurde allerdings wegen Verjährung eingestellt. Unter der im Impressum des „Patrioten“ angegebenen Postfach-Adresse in Olsberg erreichbar ist auch eine Initiative „Stoppt den US-israelischen Terror“.

■ **Riesa** – In der aktuellen Ausgabe der „Deutschen Stimme“ stammt die prominente Gastkolumne von dem rechten Liederpoeten Friedrich Baunack. Der 47-jährige Baunack war im vergangenen Jahrzehnt Kreisrat und Bundestagskandidat der Republikaner ehe er zwischenzeitlich bei der Deutschland-Bewegung von Alfred Mechttersheimer als Regionalbeauftragter in Hessen Nord aktiv war. Baunack lässt sich nun im Januar-Heft der „Deutschen Stimme“ über das „deutsche Volk“ aus. Es kranke „an Wurzellosigkeit, Schuldkomplexen ... Konsumitis und Sprachlosigkeit.“

■ **Schwarzenborn** – Auf dem „Reichshof“ von Manfred Roeder im hessischen Schwarzenborn wurde von Rechtsextremisten aus der gesamten Bundesrepublik die Wintersonnenwende gefeiert. Einer der Organisatoren des „germanischen Julfestes“ war der umtriebige Zirndorfer Neonazi Gert Ittner, Kopf der „Aktion Ahnenerbe“. Als Referenten waren unter anderem Otto Meyer, einst Leiter der vom rechtsextremen Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Trakehnen betriebenen „Deutsche Schule Trakehnen“, und Reinhold Leidenfrost, vormals Flugzeugführer des Wehrmachtsgeschwaders 102, zugegen. Für den musikalischen Rahmen sorgte der Amberger Liedermacher Michael Müller von der Burschenschaft Teutonia Regensburg. Der mehrfach vorbestrafte Roeder war selbst nicht anwesend. Er wurde im Juli 2002 vom Rostocker Landgericht wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verleumdung zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und neun Monaten verurteilt, die er in der Justizvollzugsanstalt Waldeck absitzt.

■ **Trebnitz** – Der im spanischen Marbella lebende Architekt Rolf Hanno hat Recherchen des „blick nach rechts“ zufolge maßgeblich zum Kauf des denkmalgeschützten Schlosses Trebnitz durch den NPD-Funktionär Uwe Meenen aus Würzburg beigetragen. Das Schloss nahe Halle an der Saale wird seit Monaten von dem Neonazi Steffen Hupka mit Gesinnungstreuen zu einem rechten Schulungszentrum ausgebaut. Der fachliche Ausbau des Schlosses obliegt Silvia Hanno, einer Architektin aus Dresden. Ihr Vater Rolf Hanno war Eigenbekunden zufolge bei der Wehrmacht und 1942/43 in Russland eingesetzt. Rolf Hanno ist Leserbriefschreiber in einschlägigen Blättern wie „Aula“, „Das Ostpreußenblatt“ und der zwischenzeitlich eingestellten antisemitischen Schrift „Code“.

■ **Wuppertal** – Dem aktuellen Rundbrief des rechtsextremen Vereins Stille Hilfe für Kriegsge-

fangene und Internierte e.V. (Geschäftsstelle: Wuppertal) ist zu entnehmen, dass dieser dank großzügiger Spenden derzeit „finanziell gut gerüstet“ sei, so dass man die „verbliebenen Aufgaben im Rahmen der Wachbetreuung stetig und ohne Einschränkungen fortsetzen“ könne und für „neue Belastungen gewappnet“ sei. Betrauert wird im Rundbrief der Tod des 91-jährigen Aktivisten Werner Pletscher. In rechtsextremen Blättern wie „Freiheit Wattenscheid“ wurde bis vor kurzer Zeit für Pletschers Büchlein „Die Wahrheit wird euch frei machen! Rückbesinnung und Erinnerungen auf Kriegsende und Gefangenenschaft“ geworben.

Ausland

■ **Großbritannien (Hastings)** – Mit einer aufwändig gestalteten farbigen Broschüre auf Hochglanzpapier macht der deutsche Justizflüchtling Germar Rudolf (USA) seinen Kundenkreis auf das Halbjahresprogramm 2003 seines Verlages Castle Hill Publishers aufmerksam. Im Angebot sind unter anderem die in Deutschland verbotenen Machwerke „Das Rudolf-Gutachten“ und „Grundlagen zur Zeitgeschichte“, das Rudolf unter dem Pseudonym „Ernst Gauss“ herausgegeben hat. Angepriesen werden von Rudolf auch die von ihm herausgegebenen geschichtsrevisionistischen „Vierteljahrshefte für freie Geschichtsforschung“ (VffG). Auszug aus dem Werbetext: „Wussten Sie schon? ... dass die SS im KL Auschwitz mit teuerster High-Tech versuchte, das Leben der dortigen Häftlinge zu retten? Mitarbeiter der 'Vierteljahrshefte für freie Geschichtsforschung' fanden Dokumente und einen Film zu den damals hochmodernen Mikrowellen-Entlassungsanlagen.“

■ **Italien (Verona)** – Der Präsident der Moslemischen Vereinigung Italiens, Abel Smith, ist von Rechtsextremisten vor laufenden Kameras verprügelt worden. Smith sei am Freitagabend im Studio eines privaten Fernsehsenders in Verona überfallen und leicht verletzt worden, berichteten italienische Medien am darauffolgenden Samstag, den 11. Januar. Anhänger der rechtsextremistischen Organisation Forza Nuova waren in das Fernsehstudio eingedrungen und hatten anti-islamische Parolen skandiert. Sechs der 30 Eindringlinge wurden festgenommen. Nach dem Überfall wurde die Sendung mit Smith fortgesetzt.

■ **Schweiz (Lausanne)** – Der 83-jährige Schweizer Holocaust-Leugner Gaston-Armand Amaudruz (Lausanne) sitzt seit Mitte Januar in Waadtland ei-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
 PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 10
 Heft 02/2003 Abo 401917
 Antifaschistisches Pressearchiv und
 Lausitzer Str. 10
 10999 BERLIN

ne dreimonatige Strafe wegen Zeitungsartikeln, in denen er den Massenmord an den Juden verneint hatte, ab (BnR 23/01). Amaudruz war ursprünglich im April 2000 zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt worden, die später auf drei Monate reduziert wurde. Am 22. Mai 2002 erhielt Amaudruz vom Strafgericht des Freiburger Vivisbachbezirks zusätzlich eine dreimonatige Gefängnisstrafe, weil er revisionistische und antisemitische Schriften publiziert und verbreitet hatte. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Gaston-Armand Amaudruz, ehemals Kopf der „Europäischen Neuordnung“ (ENO), gab bislang regelmäßig seine Monatsschrift „Courrier du Continent“ in französischer Sprache heraus.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Vertrieb

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
 Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
 Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
 Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
 Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.